

Pressemitteilung

Internationaler Staudamm-Aktionstag / International Day of Action for Rivers

Schluss mit umweltschädlichen Infrastrukturmaßnahmen in Wasserkraft

Berlin [13.03.18]. Zum morgigen internationalen Aktionstag gegen Staudämme fordern Umwelt- und Entwicklungsorganisationen der AG Wasser die Bundesregierung auf, die ausufernde kommerzielle Übernutzung von Flüssen durch Wasserkraftprojekte zu stoppen. Die Förderung massiver Infrastrukturprojekte sowohl in Deutschland, als auch in Europa und weltweit hat desaströse Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass deutsche Unternehmen und staatliche Förderbanken sich nicht weiter an problematischen Wasserkraftprojekten beteiligen und Wasserkraft nicht weiter fälschlicherweise als grüne Energiegewinnung verkauft wird.

Der Aufstau unserer Flüsse unterbricht die notwendige Durchgängigkeit für Sand und Kiesgeschiebe, die Stauseen vor den Staustufen verlanden, der Weg der Fische durch die Turbinen endet meist tödlich. Es ist blutiger Strom, der da entsteht, aber als saubere, grüne Energie vermarktet wird. Wasserkraftwerke verursachen massive Umweltschäden und sind aufgrund von Ausdünstungen des Treibhausgases Methan wesentlich klimaschädlicher als behauptet. Durch die Unterbrechung des Sedimentabflusses durch Staudämme werden riesige Ökosysteme, wie etwa der Amazonas-Regenwald, ihrer Nährstoffzufuhr beraubt. Mit dem Verlust dieses Biotops wird der globale Wasserkreislauf gefährdet, mit unabsehbaren Folgen, die weit über die Region hinausgehen.

Derzeit werden Beteiligungen von deutschen Unternehmen mit solchen Folgen sogar mit staatlichen Bürgschaften und Krediten der deutschen Förderbank KfW unterstützt. Zum Beispiel erteilte die Bundesregierung für den Hidrosogamoso-Staudamm in Kolumbien eine Hermesbürgschaft und die KfW-IPEX finanziert den Bau des umstrittenen Wasserkraftwerks Alto Maipo in Chile mit, da der deutsche Turbinenhersteller Voith Hydro daran beteiligt ist. Aufgrund der Bauarbeiten an Alto Maipo ist im vergangenen Jahr die Wasserversorgung für 4 Millionen Menschen im Ballungsraum Santiago de Chile zusammengebrochen. **„Trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse, Umwelt und Menschenrechte zu achten, fehlen für Hermesbürgschaften und KfW-Kredite immer noch stringente Standards, die eine Beteiligung an solch desaströsen Projekten verhindern würden“**, erklärt Thilo Papacek von der Initiative GegenStrömung.

„Die aktuelle Politik unserer Regierungen auf EU-, Bundes- und Länderebene verletzt diese Rechte am laufenden Band: Durch Wasser- und Landraub werden bäuerliche ProduzentInnen und andere in ländlichen Räumen lebende Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt – zynischerweise oft von renditegetriebenen Finanzinstitutionen, die sich mit dem Verweis auf Entwicklung, Ernährungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz zu legitimieren versuchen. In Wahrheit entziehen sie gerade



damit Millionen von Menschen ihre Nahrungsgrundlage“, erklärt Stefanie Hess vom Weltfriedensdienst. *

Auch auf dem Balkan werden die letzten frei fließenden Flüsse Europas durch den Bau von Wasserkraftwerken bedroht. Teilweise werden diese sogar in Naturschutzgebieten wie dem Mavrovo-oder dem Pelister-Nationalpark geplant. **„Deutsche Förderbanken wie die KfW oder ihre Töchter, KfW-IPEX und DEG, dürfen sich keinesfalls an derartigen Projekten beteiligen“**, so Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

Welche weitreichenden Folgen die Verbauung von Flüssen hat, zeigt sich auch in Deutschland. Hierzulande sind die meisten Flüsse durch kleine Wasserkraftwerke blockiert, Wanderfische können nicht mehr zu ihren Laichplätzen ziehen. Bis zu 90 % unserer Flüsse sind aufgestaut und verwandeln sie in Stauseenlandschaften, die Wanderfischarten wie Aale und Lachse so zum Aussterben bringen. Die ca. 8.000 Kleinwasserkraftwerke in Deutschland mit einer Leistung von weniger als 1.000 KW können nicht mehr als 0,5 % unseres Strombedarfs erzeugen, werden aber durch erhöhte Einspeisevergütungen extra subventioniert, begünstigen so eine kleine Zahl von privilegierten BesitzerInnen, während unsere kieslaichenden Fische bereits zu 90 % vom Aussterben bedroht sind. **„Ein Regierungsprogramm zum Abbau von Staustufen und zur Wiederherstellung von lebendigen Flüssen würde unsere heimischen Fischarten vor dem Aussterben retten, würde weniger Geld verschlingen und ein Segen für die gefährdete Artenvielfalt in und an unseren Flüssen sein“**, bekräftigt Sebastian Schönauer vom Bund für Umwelt und Naturschutz.

* Selbst vor dem heiligen Fluss Ganges im Himalaya macht der Ausbau von Wasserkraft keinen Halt. Anlässlich des internationalen Aktionstages für Flüsse und gegen Staudämme zeigt die GRÜNE LIGA am 14. März um 18 Uhr in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung den Dokumentarfilm ["SUNGANGES"](#) von Valli Bindana (80 Min., OmenglU). Tarun Bisht, indischer Doktorand am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) und Martin Remppis, Berater für Ernährungssicherung & Recht auf Nahrung, Asien-Abteilung bei Brot für die Welt diskutieren im Anschluss mit Michael Bender und Tobias Schäfer von der GRÜNEN LIGA. Hier geht's zur [Anmeldung](#).

* Am 13. März 2018 sprechen bei der Veranstaltung [„Menschenrechte und Wasserkraft in Lateinamerika“](#) Isabel Zuleta vom Movimiento Ríos Vivos Kolumbien und Marco Gandarillas von der bolivianischen Nichtregierungsorganisation CE-DIB über die Probleme mit der Wasserkraft in ihren Ländern, u. a. den von der KfW-IPEX-Bank mitfinanzierten Staudamm Hidroituango. Anschließend möchten sie mit BesucherInnen über Möglichkeiten der Unterstützung aus Europa diskutieren. Veranstalter: GegenStrömung, MISEREOR, FDCL; 13.3.2018, 19 Uhr, FDCL, Gneisenastr. 2a, 10966 Berlin.

Pressekontakt:

Thilo Firminus Papacek, GegenStrömung, thilo.papacek@gegenstroemung.org, Mobil: 0151 4121 4519 oder 0177 345 2611;

Stefanie Hess, Weltfriedensdienst e. V., hess@weltfriedensdienst.de, Tel.: 030 253 990 21;
Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung, chef@forumue.de, Tel.: 030 678 177 588, Mobil: 0171 38 36 135;

Sebastian Schönauer, Bund für Umwelt und Naturschutz, sebastian.schoenauer@bund.net, Tel.: 06094 984 022.

Das **Forum Umwelt und Entwicklung** wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Das Forum Umwelt und Entwicklung unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab. Es begleitet auf UN-Ebene die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung.